

Kulturkampf in Sachsen-Anhalt

Vor rund 100 Jahren revolutionierte das Staatliche Bauhaus Kunst, Design und Architektur. Die AfD hält die Reformschule für überbewertet und fordert ein Ende der „Glorifizierung“. Kurz vor der Landtagswahl in Ostdeutschland spitzt sich die Debatte zu.



Das Meisterhaus Kandinsky-Klee in Dessau (1925–1926), entworfen von Walter Gropius.

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau, Thomas Meyer/Ostkreuz

VON JÖRG RESTORFF

DÜSSELDORF · In ihrem Regierungsprogramm wettert die AfD Sachsen-Anhalt unter dem Slogan „Schöner bauen!“ gegen zeitgenössische Architektur in Magdeburg. Geht es nach der Partei, die bei Umfragen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September mittlerweile auf mehr als 40 Prozent entteilt ist, sollen öffentliche Gebäude nur noch im Einklang mit der „anerkannten Bautradition“ errichtet werden – was auch immer sich hinter diesem nebulösen Begriff verbergen mag. Ebenso kurios wie inkonsequent ist es, dass jene Partei,

die in ihrem Programm „Deutsch denken!“ zur Staatsbürgertugend erhebt, ihren architektonischen Kompass am US-Präsidenten Donald Trump ausrichtet. Eine „während seiner ersten Amtszeit erlassene Exekutivorder“ soll, geht es nach der AfD, als Richtschnur für das öffentliche Bauwesen im Land dienen.

Krude mutet auch der Versuch an, ausgerechnet das Bauhaus, eine der wirkmächtigsten internationalen Erfolgsstorys in Sachen „Made in Germany“, madig zu machen. Jene Ausbildungsstätte, in der Künstler wie Wassily Kandinsky und Paul Klee die Tiefendimension der Malerei ausloteten. In der Marcel Breuer mit seinem aus Stahlrohr bestehenden „Wassily-Stuhl“ das Möbeldesign auf eine völlig neue und elastische Grundlage stellte. In der Mies van der Rohe eine maßgebliche Rolle spielte – der letzte Direktor, 1938 in die USA emigriert, sorgte dafür, dass die Bauhaus-Architektur als „International Style“ Weltgeltung erfuhr.

All das ein „Irrweg der Moderne“? So lautet eine Formulierung im Antrag „für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bauhaus“, den die AfD bereits 2024 in den Landtag einbrachte. Anlass des Misstrauensvotums war damals das bevorstehende 100. Jubiläum des von Walter Gropius entworfenen Bauhaus-Gebäudes in Dessau.

Gegründet 1919 in Weimar, wurde das Bauhaus 1925 durch einen politischen Rechtsruck in die heute drittgrößte Stadt Sachsen-Anhalts vertrieben. Das dortige Zentralgebäude ist Sitz der Stiftung Bauhaus Dessau. Mit dem prompt abgelehnten Antrag war der Kulturkampf rund um das UNESCO-Weltkulturerbe freilich nicht beendet. Nach wie vor kritisiert die AfD „eine einseitige Glorifizierung des Bauhaus-Erbes“.

Kurz vor der Landtagswahl gewinnt die Kontroverse an Schärfe. Und der Widerstand gegen das Zerrbild, das die AfD vom Bauhaus entwirft, nimmt merklich zu.



Bauhäusler auf dem Balkon des Atelierhauses, 1931/1932.

FOTO: BAUHAUS-STIFTUNG

Vor Tagen hat Wolfram Weimer, Staatsminister für Kultur und Medien, ein „Bauhaus-Manifest 2026“ auf den Weg gebracht. Unterzeichnet wurde dieses „Bekenntnis zum Bauhaus“ von zahlreichen Persönlichkeiten aus Kunst, Architektur und Kultur, aus Wissenschaft, Politik und den großen christlichen Kirchen. Wie aber verhält es sich mit dem Vorwurf der AfD, das Bauhaus sei überbewertet? Handelt es sich um argumentativ unterfütterte Kritik, der man aus rationalen Gründen zustimmen oder widersprechen mag?

Oder geht es eigentlich bloß um diffuse Stimmungsmache? Konkret: Trifft es überhaupt zu, dass die am Bauhaus lehrenden Künstlerpersönlichkeiten durch die Bank einer puristischen Ästhetik und funktionalen Reduktion das Wort geredet haben?

Wer ohne ideologische Brille auf die Geschichte der Schule blickt, erkennt rasch, dass hier aus taktischen Gründen eine Mystifizierung in Umlauf gebracht wird. Eines ist sicher: Das Bauhaus lässt sich nicht auf eine simple Formel bringen. Alles andere als homogen war auch das weltanschauliche Spektrum der dort Lehrenden – es reicht vom esoterischen Expressionismus Johannes Ittens über den technikbetonten Pragmatismus unter Walter Gropius bis hin zur Luxus-Ästhetik Mies van der Rohes.

Anders als die AfD insinuiert, war das Bauhaus auch keine ästhetische Kaderschmiede des Kommunismus. Wer vor zwei Jahren die von der Klassik-Stiftung Weimar präsentierte Ausstellung „Bauhaus und Nationalsozialismus“

besuchte, musste erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass sich das politische Spektrum von links-revolutionären Kräften bis zu deutschnationalen, völkisch argumentierenden Bauhaus-Schülern erstreckte. Krass in diesem Zusammenhang: Es war ein Bauhaus-Absolvent, nämlich Fritz Ertl, der als SS-Mitglied den Lageplan für das spätere Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau entwarf.

Zumindest mit dem Bauhaus-Gründungsmanifest von 1919 könnte die AfD prinzipiell durchaus sympathisieren. „Architekten, Bildhauer, Maler, wir alle müssen zum Handwerk zurück!“, forderte Walter Gropius in der Gründungsschrift mit markigen Worten. Als utopischer Sehnsuchtsort schwebte Gropius nicht etwa die Fabrik der Zukunft vor, sondern die mittelalterliche Bauhütte.

Dass eine Partei, die in ihrem Regierungsprogramm das Hohelied des Handwerks singt, die sogar dafür sorgen will, dass die „Meisterausbildung zukünftig kostenfrei erfolgt“, die Wurzeln der Bauhaus-Idee derart verkennt, beruht entweder auf Unwissen oder auf frecher Ignoranz. Letzteres ist wohl das Wahrscheinlichere.

Info

Das Bauhaus im Wandel der Zeit

Staatliches Bauhaus Das 1919 von Walter Gropius in Weimar gegründete Staatliche Bauhaus trat mit dem Ideal an, Kunst und Handwerk zu verschmelzen. Unter Gropius und seinem Nachfolger Hannes Meyer zog die Schule 1925 nach Dessau, wo sie sich verstärkt der Industrie öffnete. Ludwig Mies van der Rohe, der letzte Direktor, verlagerte die Institution 1932 als Privatschule nach Berlin, bevor sie 1933 unter dem Druck des NS-Regimes die Selbstauflösung beschloss.

Bauhaus-Manifest 2026 Das am vergangenen Freitag auf Initiative von Kulturstatsminister Wolfram Weimer (parteilos) verabschiedete Manifest tritt ein für Kunstfreiheit, Weltoffenheit und demokratische Kultur. Getragen von einer breiten Allianz von Unterstützern, wehrt es sich in sechs Leitsätzen gegen rechts-populistische Angriffe. Das Manifest fordert, die kreative Freiheit der Bauhaus-Institutionen als wehrhaftes gesellschaftliches Vorbild zu schützen. Online ist das Manifest abrufbar auf: www.kulturstatsminister.de/bauhaus-manifest-2026